



Agrarpolitik: Demeter-Delegierte fordern Konsequenzen aus dem Weltagrарbericht *Die konventionelle Landwirtschaft hat ihre Chance gehabt, nun ist der Ökolandbau dran*

Die Delegierten des Demeter-Verbandes fordern die Bundesregierung auf, Konsequenzen aus dem Weltagrарbericht zu ziehen. Der 2008 von einem weltweiten Expertengremium im Auftrag der UN vorgelegte Bericht verlangt eine radikale Umkehr in der Landwirtschaftspolitik zugunsten der aktuell eine Milliarde Hungernden. Jetzt, wo die Gemeinsame Agrarpolitik der EU neu geordnet wird, darf nicht auch diese Chance vertan werden. Denn die Bundesregierung hat den Bericht nicht unterzeichnet, anders als 58 andere Nationen.

Aus Sicht der Demeter-Landwirte, Händler, -Verarbeiter und -Konsumenten ist ein Umsteuern in den folgenden Bereichen erforderlich:

- Um Ernährung weltweit und nachhaltig zu sichern, muss die Bundesregierung verstärkt Forschung zu standortgemäßen Methoden fördern. Anstelle fast ausschließlich auf High-Tech für die Landwirtschaft zu setzen, ist eine Forschung nötig, die das lokale Wissen der Landwirte, Förster und Naturschützer einbezieht und auf gemeinsame Innovation aller Beteiligten statt auf Technologietransfer „von oben“ angelegt ist. Dazu muss in öffentlich verfügbare Wissenschaft für nachhaltige Systeme investiert werden, die langfristige Ernährungssouveränität ermöglichen und Ökologie, Gesundheitsnutzen und Agrarkultur verbinden, anstatt in weitere Ertragsmaximierung hierzulande mit sinkendem gesellschaftlichem und ökonomischem Grenznutzen. Die deutsche Agrarforschungslandschaft ist entsprechend umzugestalten.
- Eine ökologische, bäuerliche und multifunktionale Landwirtschaft, die dieses KnowHow hält und mitentwickelt, muss durch einen entsprechenden politischen und sozio-ökonomischen Rahmen gesichert werden. Dazu ist das europäische Agrarmodell mit einer multifunktionalen, regionalen, nachhaltigen Landwirtschaft ohne Gentechnik weiter auszugestalten. Hier liegt die eigentliche Kernkompetenz einer europäischen bäuerlichen Landwirtschaft, welche die ländlichen Regionen stärkt. Die politische Begünstigung der fortschreitenden Industrialisierung der Landwirtschaft ist einzustellen.
- Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik muss - initiiert von der Bundesregierung - den Mut zu einem Paradigmenwechsel aufbringen, der die Anpassung an die ökologischen und sozialen Herausforderungen, wie Klimawandel, Artensterben, Verlust der Bodenfruchtbarkeit, Gesundheitsvorsorge, ökonomische und kulturelle Belebung der ländlichen Räume in den Mittelpunkt stellt. Ein neuer Gesellschaftsvertrag zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern und Konsumenten ist dazu auf den Weg zu bringen.
- Leitlinie jeder öffentlichen Förderung ist der gesamtgesellschaftliche Nutzen: Das bedeutet den Abbau der 1. Säule (Direktzahlungen) zugunsten einer Agrarförderung nach dem Prinzip: öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen. Das empfehlen u.a. auch der

Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, der Europäische Sozialausschuss und die deutsche Plattform der Umweltverbände. Darüber hinaus ist das Verursacherprinzip in der Landwirtschaft einzuführen, z. B. für die durch bestimmte Landbauformen ausgelösten extremen Schädigungen der Biodiversität und Überdüngung von Gewässern, etwa durch Steuern auf synthetische Stickstoffdünger und chemisch-synthetische Pestizide. Nur wenn alle ökonomischen, ökologischen und gesundheitlichen Folgekosten eingerechnet werden, ist eine nachhaltige Politik und eine kostengünstige Optimierung unserer landwirtschaftlichen Produktions- und Ernährungsweise möglich.

- Als landwirtschaftliche Betriebsweise, die die gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsziele am weitestgehenden erreicht, ist der Ökologische Landbau, die Umstellung und Forschung zum Ökolandbau hierzulande bzw. in anderen Klimaten deutlich auszubauen, wie es z. B. der Europäischen Aktionsplan zum Ökolandbau vorsieht, ebenso die Forschung zu sozialen und gesundheitlichen Aspekten der Landwirtschaft.
- Vereinbarungen zum Außenhandel sowie Subventionen sind daraufhin zu prüfen, inwieweit sie Ernährungssouveränität behindern. Exporterstattungen sind vollständig einzustellen. Futtermittelimporte müssen mit geeigneten Mitteln, z. B. mit einer Leguminosenprämie, zugunsten der Inlandserzeugung reduziert werden. Großflächige Treibstoffherzeugung auf wertvollem Ackerland oder auf Kosten überlebenswichtiger Wälder darf nicht mehr gefördert werden. Ausreichende und gesunde Ernährung muss prinzipiell vor der Produktion von Energie und industriellen Rohstoffen gehen.

Die Demeter-Delegierten erwarten von der Bundesregierung eine Antwort auf die weltweit dramatischen Probleme im Agrar- und Ernährungsbereich und ein Engagement für eine weltweit nachhaltige und faire Landwirtschaft statt eines „weiter wie bisher“.

Oberursel, 28. April 2010